

19
79

Union in Deutschland

Bonn, den 10. Mai 1979

Jetzt die Bürger für Europa mobilisieren

Die heiße Schlußphase des Europawahlkampfes hat begonnen. In mehr als 5000 Veranstaltungen im gesamten Bundesgebiet wird die CDU die Bürger auf die Bedeutung dieser Wahlentscheidung für die Zukunft Europas hinweisen. Diese Anstrengungen unterstreichen die Bedeutung, die die CDU dieser Wahl beimißt, stellt Helmut Kohl fest.

Der Bürger hat es am 10. Juni in der Hand, sich für ein freies und soziales Europa zu entscheiden und einem sozialistischen Europa eine klare Absage zu erteilen. Die Aussichten dafür sind gut. Die weitreichende Bedeutung dieser Entscheidung jedermann ins Bewußtsein zu bringen, ist eine Aufgabe, die sich die CDU gestellt hat.

Vor diesem Hintergrund muß alles unterlassen werden, betont der Parteivorsitzende, was das angestrebte gute Wahlergebnis für die CDU und die anderen christlich-demokratischen Parteien Europas gefährdet. Die CDU weist deshalb Vorwürfe, wie sie der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Zimmermann, erhoben hat, zurück.

(Weiter auf Seite 2)

**Noch 30 Tage
bis zur
Europawahl**

Heute für den Wahlkampf:

Heilsam für Europa / Hollands Sozialdemokraten rücken nach links / 73 % halten Europa-Wahl für notwendig / Das Wort der Bischöfe / Dem DGB-Vorsitzenden ins Stammbuch	Seite 2
CDU im Fernsehen	Seite 2
Den Wählern sagen	Seite 3
Wahlkampftelefon ab 14. Mai	Seite 6
Neun Parteien zugelassen	Seite 6
Versammlungswelle rollt	Seite 7
Jugend für Europa	Beilage blau

■ BÜRGERPARTEI

Die Ideen sind alle nicht neu

Seite 11

■ DEUTSCHLAND

Union läßt die Vertriebenen im
Kampf um ihr Recht nicht allein

Seite 13

■ INFORMATIONEN FÜR DEN WAHLKAMPF

CDU im Fernsehen

		ARD	ZDF
Samstag,	12. Mai	18.57	—
Montag,	14. Mai	—	21.20
Donnerstag,	17. Mai	20.15	19.21
Mittwoch,	23. Mai	20.15	19.21
Dienstag,	29. Mai	20.15	19.21
Samstag,	2. Juni	20.15	19.21
Donnerstag,	7. Juni	20.15	19.21

Heilsam für ganz Europa

Das Glückwunschtelegramm von Helmut Kohl an Margret Thatcher hat folgenden Wortlaut:

Ich beglückwünsche Sie und die Konservative Partei zum großartigen Wahlsieg. Mit mir freuen sich alle deutschen Christlichen Demokraten über das hervorragende Ergebnis, das Sie dank Ihrer Tatkraft, der Geschlossenheit Ihrer Partei und der Überzeugungskraft Ihrer politischen Argumente erreicht haben. Daß Sie politischen Auffassungen zum Siege verholfen haben, die so weitgehend auch die unseren sind, wird sich auch auf die politischen Entwicklungen bei uns und in ganz Europa heilsam auswirken.

Ich wünsche Ihnen, Ihrer Partei, Ih-

rem Lande Glück und Segen für eine erfolgreiche und lange konservative Regierungszeit.

In freundlicher Verbundenheit
Ihr

Helmut Kohl

73 Prozent der Bevölkerung: Europawahl notwendig

„Europäische Wahlen sind notwendig, um mehr demokratische Kontrolle über die Gemeinschaft und ihre Funktionäre in Brüssel zu erreichen.“ Diese Aussage wird von 73 % der Deutschen unterstützt: 29 % stimmen völlig zu, während 44 % im großen und ganzen damit einverstanden sind. 17 % lehnen diese Ansicht ab. (Emnid-Umfrage, Februar 1979.) Noch mehr stimmen zu, wenn es um die Richtungsentscheidung geht: 78 % sind mehr oder weniger mit der Aussage einverstanden, die Europawahl sei notwendig, um zu entscheiden, wie Europa in Zukunft aussehen soll.

Hollands Sozialdemokraten — Ruck nach links

Die Sozialdemokraten (Partei der Arbeit) der Niederlande segeln verstärkt auf Linkskurs. Eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten wird nicht mehr ausgeschlossen. Zum Vorsitzenden der Partei wurde jetzt ein Vertreter des ausgesprochen linken Flügels gewählt, der Stadtrat Max van den Berg aus dem nördlichen Groningen. Der gemäßigte ehemalige Staatssekretär Wim Meyer unterlag. Während sich bisher die Partei der Arbeit noch eindeutig gegen eine Zusammenarbeit mit den Kommu-

Fortsetzung von Seite 1

Diese und ähnliche Äußerungen der letzten Tage, wie falsche Zustandsbeschreibungen und eine öffentliche Vorwegnahme der für später vereinbarten Strategiediskussion, tragen zu einem Zerrbild bei, das dem politischen Gegner nützt und die Wahlchancen der Union mindert. Wer die Europawahl gewinnen will, hat dies zu beherzigen.

nisten ausgesprochen hat, ließ der neue Vorsitzende andere Töne anklingen: Er schloß eine Kooperation nicht mehr aus.

Mit Mühe konnte der Kongreß Anträge niederstimmen, die Hollands Mitgliedschaft in der NATO in Frage stellen. Während ein Antrag, überhaupt auszutreten, mit großer Mehrheit abgewiesen wurde, erhielt eine Forderung, nur den militärischen Teil des Bündnisses zu verlassen, schon weit mehr Zustimmung. Wird jedoch die Neutronenbombe eingeführt, dann soll Holland, so will es die Partei, die NATO verlassen.

Das Wort der Bischöfe

Die Erklärung der Bischöfe der neun EG-Staaten hat den Europagedanken aus der wirtschaftlichen Einseitigkeit herausgelöst und ihn in den großen geistigen und grundsätzlichen Zusammenhang der Geschichte Europas eingebunden, stellt die stellvertretende Vorsitzende der CDU, Hanna-Renate Laurien, fest. Damit wird auch auf der europäischen Ebene die Grundwertediskussion neu belebt, die die Voraussetzungen für ein Zusammenleben in freiheitlicher Verantwortung stärken wird.

Es ist zu begrüßen, daß die Bischöfe die Verantwortung für die Schwachen und Armen in Europa und die Verantwortung Europas für die Schwachen in der Dritten Welt ganz besonders hervorheben. Damit wird Solidarität als eine Verpflichtung herausgestellt.

Die Bischöfe machen mit ihrer Erklärung deutlich, daß Politiker aufgefordert sind, nicht dem Agieren von Gefälligkeitsentscheidungen nachzugeben, sondern politische Entscheidungen an Sachfragen und Zukunftsbezug zu orientieren. (Fortsetzung Seite 4)

Den Wählern sagen

Die SPD behauptet:

„Sozialdemokraten sind bereits für ein vereintes Europa und für die Verständigung der Völker eingetreten, als die Konservativen noch dem Nationalismus huldigten.“ (Europa-Wahlprogramm, Kap. IX.)

Tatsache ist:

Damit will die SPD offensichtlich ihre europafeindliche Politik der 50er Jahre übertuschen. Tatsache ist:

1950 — Die SPD sagt nein zum Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat.

Die SPD sagt nein zur Entschließung der CDU für die Montanunion.

1951 — Die SPD sagt nein zum Plan Robert Schumans für eine gemeinsame europäische Außenpolitik.

1952 — Die SPD sagt nein zur Montanunion. Die SPD sagt nein zur Mitarbeit an einer künftigen europäischen Verfassung.

1954 — Die SPD sagt nein zu den Römischen Verträgen.

1955 — Die SPD sagt nein zum Beitritt der Bundesrepublik zur Westeuropäischen Union.

1960 — Der SPD-Pressedienst zum 84. Geburtstag Konrad Adenauers: „Er gehört zu den Architekten einer Politik, für die es keine Zukunft gibt.“

Erst als die SPD Ende der 50er Jahre sah, daß die Entwicklung an ihr vorbeiging und der Wille zur Einigung Europas in den Völkern immer stärker wurde, suchte sie den Anschluß an die Europapolitik.

In diesem Verständnis bedeutet für die Union Solidarität mehr als Kampfgemeinschaft von Interessengruppen. Solidarität greift über die widerstreitenden Kräfte hinaus. Sie verpflichtet die Staaten zum Einsatz für die Schwachen und alle Bürger zum Zusammenwirken für das Gemeinwohl.

Dem DGB-Vorsitzenden ins Stammbuch

Zu einem Interview des DGB-Vorsitzenden Vetter in der „Welt der Arbeit“ stellt Heribert Scharrenbroich, Hauptgeschäftsführer der Sozialausschüsse und Mitglied der ÖTV, folgendes fest: Es ist erfreulich, daß der Kollege Vetter zumindest die Kritik an seiner Kandidatur für das Europaparlament ernst nehmen will, die „aus den eigenen Reihen“ kommt. Sein Interview beweist aber leider das Gegenteil. Sein Bedürfnis, sich zu verteidigen, ist größer.

Die gewerkschaftlichen Ziele, die die Kollegen Vetter, Hauenschild und Loderer verfolgen, in allen Ehren. Aber man muß — um eine beliebte Formulierung von Walter Arendt zu verwenden — schon „schwarze Tinte gesoffen haben“, wenn man nicht sieht, daß es der SPD um etwas anderes geht. Mit der Kandidatur der Vorsitzenden soll den

Arbeitern die vermeintliche Einheit zwischen Sozialdemokratie und DGB mal wieder deutlich gemacht werden. Und das ist auch der Grund, warum die SPD aus den Gewerkschaftsvorständen nur Vorsitzende für dieses Geschäft gebeten hat. Denn Vorsitzende erwecken in der Öffentlichkeit den Eindruck, als sprechen sie für die gesamte Organisation.

Briefwahl auch in Berlin möglich

In Berlin lebende Wahlberechtigte, die ihren Hauptwohnsitz in Westdeutschland haben und dort auch in der Wählerliste eingetragen sind, können an den Direktwahlen zum Europäischen Parlament von Berlin aus per Briefwahl teilnehmen. Hierfür müssen jedoch Anträge (auf einen Wahlschein und Übersendung der Briefwahlunterlagen) bei den westdeutschen Heimatgemeinden gestellt werden. Gleichzeitig — darauf wies in Berlin die Senatsverwaltung für Inneres hin — muß der Grund für die Abwesenheit am 10. Juni, dem Tag der Wahl, angegeben werden.

Personen, die ihren Hauptwohnsitz in Berlin haben, gleichzeitig jedoch noch eine Nebenwohnung in Westdeutschland (und dort am Stichtag, dem 6. Mai, gemeldet sind), müssen für ihre Eintragung in die westdeutsche Wählerliste ebenfalls einen besonderen Antrag stellen. Das Formular hierfür ist bei dem zuständigen Einwohneramt des jeweiligen Bezirks erhältlich, in dem sie ihren Hauptwohnsitz haben. Der Antrag muß spätestens bis zum 20. Mai bei der westdeutschen Gemeindebehörde eingegangen sein. Erforderlich ist außerdem eine Bestätigung vom Berliner Bezirksseinerwohneramt.

Hinweis

Der UiD wird sich bis zum 10. Juni verstärkt darauf konzentrieren, Informationen, Argumentationshilfen und Dokumentationen für den Europawahlkampf zu liefern. Die CDU-Dokumentation (grüner Teil) wird in dieser Zeit nicht erscheinen. Bei entsprechenden Anlässen wird der weiße Teil, wie auch bisher schon üblich, mit CDU-Extra (gelber Teil) ergänzt.

■ EUROPAWAHLKAMPF

Warnende Beispiele für Volksfront in Europa

Nur noch sechs Wochen trennen uns von der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament. Die Befürchtungen der CDU vor der Verwundbarkeit des europäischen Sozialismus gegenüber der totalitären Linken erfüllen sich schon heute zunehmend. Dies stellte Heiner Geißler im Anschluß an eine Sitzung der Europawahlkampfkommmission der CDU fest. Der Kommission gehören die Spitzenkandidaten der CDU-Landesverbände für die Europawahl an.

Francia's sozialistische Partei hat auf ihrem jüngsten Kongreß in Metz einen scharfen Linksruck vollzogen. Mitterands Mehrheitsgruppierung hat das Bekenntnis zur Einigkeit der Linken — zur Volksfront mit den Kommunisten — bekräftigt und ihren Bund mit der extremen Linken der Partei beschworen. Vier Spitzenpolitiker des CERES-Flügels, aktive Befürworter der Allianz mit den Kommunisten, sitzen seitdem in Mitterands Parteiführung.

In Italien haben die Sozialisten eine demokratisch gebildete, vom Staatspräsidenten berufene Regierung aus Christlichen Demokraten, Republikanern und Sozialdemokraten mit ihren Stimmen im Parlament zu Fall gebracht, — sie wollen keine demokratische Regierung ohne kommunistische Beteiligung.

In Spanien haben Sozialisten und Kom-

munisten nach den Kommunalwahlen vom 3. April in 2 000 Städten des Landes kommunale Volksfront-Allianzen gebildet und in den meisten Fällen die demokratische Mehrheitspartei, die Zentrumsunion, von den Stadtregierungen ausgeschlossen.

Die SPD rühmt sich in dieser Phase offen des brüderlichen Einvernehmens mit diesen sozialistischen Parteien. Sie brüstet sich, daß das offensive Eintreten ihrer Partei für einen stärker antikapitalistisch orientierten Kurs ihr Ansehen in den westeuropäischen Bruderparteien gestärkt habe. Seit der Wegmarke ihres Kölner Europaprogramms vom 9. Dezember 1978 hat die SPD weitere Schritte in Richtung auf das von ihr erträumte „sozialistische Europa“ zurückgelegt.

CDU-Leitthemen kommen beim Bürger gut an

Der anmaßende Anspruch der SPD, für ein „Europa der Arbeitnehmer“ einzutreten, wird von den Bürgern der Bundesrepublik Deutschland zurückgewiesen. Nach der neuesten Umfrage des Emnid-Instituts im März bei 2 000 Bundesbürgern wollen 49 Prozent der wahlberechtigten Bürger bei der Europawahl CDU/CSU wählen.

61 Prozent der Bürger im Wahlalter beurteilen das Leitthema der CDU, „Partnerschaft ja — Klassenkampf nein“, als sehr gut oder gut. Das Leit-

Wahlkampftelefon ab 14. Mai: (02221) 5441

Zur Europawahl gibt es vielerlei Fragen. Und wir haben schon manchen nützlichen Hinweis erhalten. Herzlichen Dank.

Damit Sie wissen, wie es unproblematisch geht: Ab 14. Mai steht ein Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle bereit, Ihre Fragen und Ihre Hinweise entgegenzunehmen. Zwischen 8.15 und 18.00 Uhr an jedem Arbeitstag.

Er gibt Ihre Tips an die richtige Adresse weiter und beantwortet Ihre Fragen. Sollte das einmal nicht auf Anhieb möglich sein, sorgt er dafür, daß Sie Ihre Antwort so schnell wie möglich erhalten.

(0 22 21) 54 41, das ist unsere Zentrale im Konrad-Adenauer-Haus. Sie verbindet sofort mit unserem „Wahlkampftelefonisten“.

thema „Bürgerfreiheit ja — Bürokratisierung nein“ kommt bei 60 Prozent gut oder sehr gut an. Und bei dem Motto „Sicherheit ja — Neutralisierung nein“ liegt mit 43 Prozent die Zustimmung noch immer fast doppelt so hoch wie die Ablehnung.

Neun Parteien zugelassen

Der Bundeswahlausschuß für die Europawahl hat am 4. Mai in Bonn für sieben Parteien und Gruppierungen Bundeslisten zur Kandidatur für das erste direktgewählte EG-Parlament am 10. Juni zugelassen. Hinzukommen in neun Bundesländern Landeslisten der CDU und in Bayern die Landesliste der CSU, deren Listen am selben Tage von den Landeswahlausschüssen zu genehmigen waren.

Mit Bundeslisten treten an: SPD, FDP, Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Christliche Bayerische Volkspartei (CBV), Liga der Volksparteien Europas, Deutsche Zentrumspartei/Aktion Demokratische Gemeinde, Europäische Arbeiterpartei (EAP) sowie die Vereinigung „Die Grünen“.

Nicht zugelassen wurden die beantragten Bundeslisten für die Europäische Föderalistische Partei (EFP), die Unabhängige Arbeiter-Partei (UAP) und für die Vereinigung „Europa 2000 — Liga für Freie Völker“. Ihnen fehlte jeweils die vom Wahlgesetz vorgesehene Zahl von mindestens 4 000 Unterstützungsunterschriften.

Zur EG-Wahl werden sich insgesamt 637 Kandidaten für die 78 direkt zu wählenden Sitze aus der Bundesrepublik bewerben. Hinzukommen drei vom Berliner Abgeordnetenhaus zu wählende Vertreter.

Das neue EG-Parlament hat insgesamt 410 Sitze.

Auf den Bundeslisten wurden nominiert:

SPD:	78 Kandidaten
FDP:	106 Kandidaten
DKP:	78 Kandidaten
Die Grünen:	78 Kandidaten
Deutsche Zentrumspartei:	9 Kandidaten
Christliche Bayerische Volkspartei:	11 Kandidaten
Europäische Arbeiterpartei:	25 Kandidaten

Auf den Landeslisten insgesamt:

CDU:	129 Kandidaten
CSU:	23 Kandidaten

■ EUROPAAWAHLKAMPF

Europa braucht eine starke christlich-demokratische Kraft

Die Versammlungswelle rollt. Überall in der Bundesrepublik Deutschland hat die Welle der 5000 Veranstaltungen begonnen. Die Union wird in den nächsten fünf Wochen den Bürgern sagen, worum es am 10. Juni geht; sie kämpft für das freie und soziale Europa. Noch ist die Bedeutung dieser Wahl längst nicht allen Bürgern klar. An uns liegt es jetzt, sie für Europa zu mobilisieren (vgl. auch Seite 1).

Die CDU Baden-Württemberg geht gut gerüstet in diesen Europawahlkampf. Ministerpräsident Späth stellte auf dem Europa-Parteitag in der alten Reichsstadt Konstanz, die auf Grund ihrer traditionsreichen Vergangenheit und ihrer internationalen Lage am Dreiländereck Deutschland/Österreich/Schweiz geradezu prädestiniert für eine solche Tagung ist, ganz klar fest:

Wir wollen das Werk Konrad Adenauers fortführen, der durch seine Aussöhnung mit Frankreich den wesentlichsten Baustein für Europa gelegt hat.

Der Ministerpräsident warnte eindringlich vor den dirigistischen Plänen der sozialistischen Parteien, die eine Zentralbürokratie von gigantischen Ausmaßen errichten würden, wenn sie diese Wahl gewinnen sollten. Dem Bundeskanzler warf Späth vor, sich nicht nur in der deutschen Entwicklungshilfe sehr

knauserig zu verhalten, sondern allen wichtigen Entscheidungen auszuweichen. Besonders augenfällig sei Schmidts Führungsschwäche in der Energiepolitik. Den Kanzler hatte Lothar Späth auch im Visier, als er den Bundesaußenminister für „seine Klarstellung“ lobte, mit der dieser die Wehnersche These einer reinen defensiven Sowjetmacht korrigiert habe. Lieber sei es ihm jedoch gewesen, wenn der Bundeskanzler, der schließlich die Richtlinien der Politik bestimme, diese Klarstellung getroffen hätte.

Mit Wehners Thesen beschäftigte sich auch Generalsekretär Heiner Geißler, der unter dem Beifall der Delegierten die Verantwortlichkeit des Kanzlers herausstellte, wenn ein unbelehrbarer Altkommunist wie Herbert Wehner in der Bundesrepublik eine „geistige Volksfront“ aufbaue und damit die gesamte SPD zu einem nationalen Risiko mache. Heiner Geißler forderte die SPD auf, endlich klar zu sagen, ob sie im künftigen Europaparlament mit den Kommunisten ein Bündnis bilden wolle oder nicht.

Der Partei empfahl der Generalsekretär, aus dem Wahlsieg der Konservativen in England zu lernen. Margret Thatcher habe die Wahl gewonnen, weil sie die Fehler der Gegner erkannt, klare Alternativen und zudem an ihren Sieg keinen Zweifel gelassen hat, sagte Heiner Geißler. Daraus sollten wir lernen.

Emilio Colombo: Jedes Zögern bedeutet Rückschritt

Mit besonderer Freude wurde am späten Nachmittag der Präsident des Europäischen Parlamentes, Emilio Colombo, begrüßt. Colombo wies noch einmal das Wort von Mitterand, „Europa wird sozialistisch werden — oder keines“, scharf zurück: Das ist falsch! Wir brauchen ein freies und pluralistisches Europa — dafür kämpfen wir. Wir, die Christlichen Demokraten, sind eine große Kraft auf dem Wege zur Einheit. Jedes Zögern bedeutet Rückschritt. Europa braucht eine Stärkung seiner Institutionen, seines neu zu wählenden Parlamentes und Europa braucht auch eine starke christdemokratische Partei, erklärte der temperamentvolle italienische Politiker unter großem Beifall.

Helmut Kohl in Köln: Keinen sozialistischen Einheitsbrei

Beim Auftakt der heißen Phase zum Europawahlkampf im vollbesetzten Kölner Gürzenich sagte Helmut Kohl:

Die SPD hat vor wenigen Wochen in Köln ein Europa-Programm verabschiedet, das — wenn es verwirklicht wird — in den Klassenkampf des 19. Jahrhunderts zurückführt. Wir aber wollen ein freies und bürgernahes Europa. Die Europawahl am 10. Juni bietet die große Chance für unsere Generation, den Traum von Jahrzehnten Wirklichkeit werden zu lassen. Wenn aber die Sozialisten gewinnen, haben wir ein Europa, in dem Planwirtschaft und Bürokratismus herrschen bis hin zum staatlichen Eingriff in die Familie. „Wir brauchen nicht den grauen Brei eines sozialistischen Europas, sondern den ganzen bunten Strauß der kulturellen europäischen Vielfalt“, rief der Parteivorsitzen-

de unter dem Beifall seiner großen Zuhörerschaft aus.

Leo Tindemans: Für die Versöhnung Europas

Leo Tindemans, Vorsitzender der Europäischen Volkspartei (EVP), bezeichnete auf einer CDU-Veranstaltung in Ahweiler folgende Gründe als ausschlaggebend, für ein vereinigtes Europa zu plädieren:

die Versöhnung der europäischen Völker, die Integration der Wirtschaft, die Erhaltung der eigenen Persönlichkeit und des Selbstbestimmungsrechts, die Festigung Europas zu einem Gebilde, das in der Lage ist, sich gegen die Bedrohung durch totalitäre Mächte zu wehren,

die Mitverantwortung für die Erhaltung der Menschenwürde weltweit wahrnehmen zu können und

die Tatsache, daß ein gemeinsames Europa einen starken Rückhalt geben kann für die Probleme in der Welt.

Alfred Dregger: Der Kanzler schweigt aus Schwäche

Der Vorsitzende der hessischen CDU, Alfred Dregger, fordert im Blick auf die Europawahlen am 10. Juni neben der wirtschaftlichen auch die politische Union Europas. Dregger, der auf der Abschlußkundgebung eines Europakongresses in Wiesbaden sprach, sagte weiter, Bundeskanzler Schmidt schweige wahrscheinlich nur aus Schwäche zu den jüngsten Äußerungen Wehners zur Wiedervereinigung Deutschlands. Alfred Dregger betonte, die deutsche Frage müsse in einem europäischen Zusammenhang gestellt werden. Eine Grenze des Unrechts könne keine dauerhafte Einrichtung bleiben.

■ KOALITION

FDP — führungslos und zerstritten

Der FDP-Landesparteitag am vergangenen Wochenende in Essen hat, wie Heinrich Köppler, stellvertretender Vorsitzender der CDU, feststellt, ein bemerkenswertes Schlaglicht auf den katastrophalen inneren Zustand der FDP Nordrhein-Westfalens geworfen: Die FDP-Landespartei von Nordrhein-Westfalen hat sich auf diesem Landesparteitag führungslos und zerstritten dargestellt.

Obwohl der Landesvorsitzende Riemer als Verkehrsminister des Landes Nordrhein-Westfalen den Bau der Bundesautobahn (BAB) durch das Rothaargebirge seit mehr als einem Jahrzehnt vorangetrieben hat und einen entsprechenden Kabinettsbeschuß noch in der letzten Legislaturperiode herbeiführte, stimmte er einem Dringlichkeitsantrag zu, durch den der Bau dieser Autobahn praktisch verhindert wird.

Der Landesparteitag und der Wirtschaftsminister setzten sich damit öffentlich in einen Gegensatz zu Ministerpräsident Rau, der noch in den letzten Wochen erklärt hatte: „Die Frage des Autobahnbaus stehe nicht mehr zur Diskussion.“

Innenminister Hirsch hat sein vorgesehenes Modell, die Regelanfrage beim Verfassungsschutz durch eine Unterschrift des Bewerbers auf einer Liste der verfassungsfeindlichen Organisationen zu ersetzen, nicht durchsetzen können. Er ist nunmehr gezwungen, nach

Alternativen zu suchen, die den Wünschen der großen Mehrheit seiner Partei Rechnung tragen oder das Recht zu brechen. Im letzteren Fall bleibt ihm nur der Rücktritt.

Die ohnehin vorhandenen Turbulenzen im Kabinett Rau werden durch die Ergebnisse dieses Parteitages noch verstärkt. Die Lösung der wesentlichen landespolitischen Probleme, der sich die Regierung Rau bisher schon nicht gewachsen gezeigt hat, wird unmöglich gemacht. SPD und FDP werden sich nunmehr vollends darauf beschränken müssen, die Krisen innerhalb der Koalition zu bewältigen.

Auch der Beschluß des FDP-Landesparteitages zur Kernenergie trägt alle Züge eines Kompromisses, die es jedem Flügel dieser Partei möglich macht, ihn so zu interpretieren, daß Kernenergie für die Zukunft praktisch unmöglich gemacht wird, mit allen Folgen für die Energieversorgung und für die Arbeitsplätze.

Der Stellenwert der Ruhrgebietskonferenz der Landesregierung ist geffissentlich herabgemindert worden, so daß seine Ergebnisse schon heute als in die Disposition der FDP gestellt angesehen werden können. Dies bedeutet, vor der Landtagswahl des nächsten Jahres wird sich auch in diesem Bereich kaum etwas bewegen können.

Die Beschlüsse zur Bildungspolitik tragen alle Züge eines Papiers, welches lediglich für den Wahlkampf geeignet ist und Wähler täuschen soll.

Abbau in Raten

In Berlin kann sich der Regierende Bürgermeister Stobbe nicht länger seiner von FDP-Gnaden wiedergewonnenen Amtswürde erfreuen. Die Zerrissenheit seiner Partei, der SPD, war bereits vor den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus nur noch mühsam zu kaschieren und dringt nun — vom Wahlkampfdruck befreit — immer schneller und eruptionsartig an die Oberfläche. Erst konnte es Stobbe nicht verhindern, daß die FDP fast ausnahmslos bestimmt, welcher politische Kurs künftig in der Senatspolitik gefahren wird. Dann wurde dem „Regierenden“ von den Genossen in der Fraktion ein Denkkzettel verpaßt, indem der von ihm als Bundes Senator favorisierte Horst Korber nicht wiedergewählt wurde.

Die Art und Weise, mit der Stobbe seinen früheren Senatskollegen im Regen stehen ließ, muß bei dem SPD-Landesvorsitzenden Löffler einen so bitteren Nachgeschmack hervorgerufen haben, daß dieser das Handtuch geworfen und seinen Rücktritt erklärt hat.

Auf der Suche nach einem Ersatzmann, der ihm den Rücken vor allzu starken Genossen wie Riebschläger — rechter Flügel — und Ristock — linker Flügel — freihält, hatte Stobbe kein Glück. Sein Lieblingskandidat für das Amt des Landesvorsitzenden, der Wissenschaftssenator Glotz, fand im Landesvorstand keinerlei Gegenliebe. Nun hat sich Stobbe nach der erneuten Schlappe entschlossen, neben seinem Regierungsamt auch den SPD-Landesvorsitz zu verwalten.

Betrogene Betrüger

SPD und FDP lehnen Bundestagspräsident Professor Carstens als künftigen Bundespräsidenten zwar ab, haben

aber bisher keinen eigenen Kandidaten für die Präsidentenwahl am 23. Mai benannt. Hierzu Heiner Geißler: Das ist sozusagen das Endstadium eines seit Mitte des vergangenen Jahres andauernden großen Täuschungsmanövers der Sozialdemokraten und der Freien Demokraten. Ein Täuschungsmanöver, das darin bestand, daß diese beiden Parteien bei den zurückliegenden Landtagswahlen die falsche Behauptung aufgestellt haben, bei diesen Landtagswahlen ginge es auch vornehmlich um die Frage, ob Walter Scheel Bundespräsident bleibt oder nicht bleibt.

Über diese Frage konnten die Landtagswahlen gar keine Entscheidung herbeiführen, weil die Mehrheit der CDU und CSU in der Bundesversammlung so groß ist, daß diese Landtagswahlen darauf gar keinen Einfluß hätten ausüben können, selbst wenn die CDU und CSU in diesen Landtagswahlen verloren hätten. Jetzt sehen sie sich in der Rolle des betrogenen Betrügers. Die Sozialdemokraten und Freien Demokraten haben diese versuchte Täuschung des Wählers vorgenommen, obwohl Walter Scheel für dieses Amt gar nicht mehr zur Verfügung steht, und sie stehen jetzt vor ihren Wählern und ihren Mitgliedern mit leeren Händen da.

Massenaustritt aus der SPD

53 Gladbecker SPD-Mitglieder haben auf einer „gemeinsamen Liste“ ihren Austritt aus der Partei erklärt, 39 gaben zugleich ihre Mitgliedsbücher zurück. Der SPD-Stadtverbandsvorsitzende und Oberbürgermeister Wolfgang Röken hat jetzt die „Austrittswelle“ bestätigt und dazu mitgeteilt, daß sie ohne Angabe von Gründen erfolgt sei. Röken sieht den Grund in parteiinternen Personalquerelen.

■ BÜRGERPARTEI

Bilanz des Gründungsaktes: die Ideen sind alle nicht neu

Die Gründung der Bürgerpartei durch Hermann Fredersdorf am 1. Mai 1979 in Bonn wurde von der Öffentlichkeit wie der Presse außerordentlich skeptisch bis negativ beurteilt.

Die großen Zeitungen attestierten dem langjährigen Gewerkschaftsfunktionär Fredersdorf eine gekonnte Einmannshow, fragten aber gleichzeitig sehr skeptisch, ob es ihm gelingen würde, seine Partei programmatisch, personell und finanziell so auszustatten, daß sie im Gegensatz zu anderen Parteigründungen die entscheidende 5 %-Hürde überspringen könne.

Während Fredersdorf in seiner programmatischen Rede der Opposition nur eine kurze Passage widmete, gebrauchte er gegenüber SPD und FDP exakt die Argumente, mit denen die CDU die Regierungsparteien kritisiert:

- Die FDP sei nicht mehr „die erforderliche dritte Kraft für den allein den inneren Frieden sichernden Ausgleich“.
- Der FDP gehe es nur noch „um Posten und Regierungsbeteiligung um jeden oder fast jeden Preis“.
- Helmut Schmidt beschränke sich auf „allein an der aktuellen Opportunität ausgerichtete Sprüche, um jeweils billig über die Runden zu kommen“.

Und was sagt der Programmentwurf der Bürgerpartei?

— **Steuervereinfachung und Steuererechtigkeit.**

Die CDU hat bei der letzten großen Steuergesetzgebung im Bundesrat bereits entscheidende Ansätze durchsetzen können.

— **Anerkennung der Hausfrauen- und Mütterarbeit.**

Der Gesetzentwurf der CDU zum Familiengeld sollte gerade auch den nicht-erwerbstätigen Müttern zugute kommen.

— **Bildungspolitik.**

Die BPa fordert das Erhalten der gewachsenen Schulsysteme. Als die CDU gegen die kooperative Schule kämpfte, war Herr Fredersdorf noch Mitglied der SPD.

— **Die BPa fordert die stärkere Privatisierung öffentlicher Aufgaben.**

Eine Forderung, die die CDU-Kommunalpolitiker seit Jahren dort, wo sie in der Verantwortung sind, gegen SPD und FDP durchsetzen.

In vielen Fragen sind die Forderungen der BPa seit Jahren Programm der CDU. Dort, wo die CDU in Ländern und Kommunen die Verantwortung trägt, sind sie erfüllt worden. Mit einer Mehrheit 1980 wird die CDU dies ebenso auf Bundesebene tun können. Dazu bedarf es einer klaren Mehrheit. Eine Minderheitsregierung ist für die Lösung der politischen Probleme die schlechteste aller denkbaren Lösungen. Die Mehrheit für die Union ist dann am ehesten

zu erreichen, wenn wir uns geschlossen der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner und der Darstellung unserer eigenen sachlichen Alternativen stellen.

Und das schreibt die Presse:

„An Selbstbewußtsein fehlt es der Bürgerpartei keineswegs, wohl aber an einem stringenten Programm und an einem verläßlichen Unterbau. So wird die personelle und finanzielle Ausstattung der BPa darüber entscheiden, ob am 1. Mai 1979 eine neue politische Kraft geboren wurde.“

Die Welt, 2. Mai 1979

„Ob ihm der angepeilte Erfolg beschieden sein wird, das wird von Hermann Fredersdorf in hohem Maße selbst abhängen. Denn wie sich bei der Gründungsversammlung zeigte, ist die Bürgerpartei zunächst einmal eine Fredersdorf-Partei.“

Kölner Stadt-Anzeiger, 3. Mai 1979

„Dennoch ist seine Erwartung, die Fünfprozenthürde überspringen zu können, verwegen optimistisch, der Anspruch weitaus größer als die Realität, in der sich diese neue Partei präsentiert. Ein wesentlicher Punkt dieser Realität ist die Tatsache, daß die Partei vorerst nur auf zwei Beinen steht, denen von Hermann Fredersdorf.“

Saarbrücker Zeitung, 3. Mai 1979

„Wenn jetzt ... extreme Kräfte ihre Parteien von den mittleren Positionen fortzerren könnten, dann, aber auch nur dann, entstünde in der Mitte eine Lücke für Fredersdorfs ‚Bürgerpartei‘.“

Frankfurter Allgemeine, 2. Mai 1979

„Beim Lesen des Programmentwurfs bestätigt sich der Verdacht, daß Fredersdorf nicht viel Neues anzubieten hat ... So sehr man sich jemanden

wünschen mag, der die träge gewordenen Parteiriesen in Bewegung bringt, sowenig wird dies einer Gruppierung gelingen, die deren Fehler wiederholt, nämlich allen nahezu alles zu versprechen.“

Süddeutsche Zeitung, 25. April 1979

„In Wahrheit hat Fredersdorf wohl einmal geglaubt, für mehr Steuergerechtigkeit durch Steuervereinfachung ließen sich unzählige, verärgerte Steuerzahler mobilisieren. Aber jetzt sitzen ein paar Kritiker der Kernenergie bei ihm im Verein, dazu notorische Parteigründer, Selbständige, Mühselige und Beladene, wahrhaft eine ‚pluralistische Gesellschaft‘. Das ganze Unterfangen sieht sehr nach Sekte aus.“

Die Zeit, 4. Mai 1979

Bewährt, beständig, bürgernah

Die baden-württembergische CDU wird in Zukunft keinen Generalsekretär mehr bestellen. Dies hat der Landesvorstand in Stuttgart beschlossen. Ministerpräsident Späth, der als Nachfolger von Hans Filbinger am 7. Juli auf einem Parteitag in Reutlingen, auf dem die Führungsgremien der baden-württembergischen CDU neu gewählt werden, den Landesvorsitz übernehmen soll, begründete diese Entscheidung mit Sparmaßnahmen des Landesverbandes. Generalsekretär Fleischer will den Posten, den er seit viereinhalb Jahren innehat, zur Verfügung stellen, um sich in Zukunft mehr seinem Beruf als Rechtsanwalt und seinem Landtagsmandat zu widmen. Außerdem hat der Landesvorstand beschlossen, den baden-württembergischen Kommunalwahlkampf im Herbst mit dem Slogan zu bestreiten: „bewährt, beständig, bürgernah“.

■ DEUTSCHLANDPOLITIK

Union läßt die Vertriebenen im Kampf um ihr Recht nicht allein

Die Präsidien der CDU und des Bundes der Vertriebenen (BdV) führten auf Einladung des Parteivorsitzenden Helmut Kohl eine eingehende Aussprache über gemeinsame Fragen. Abschließend wurde nachstehendes Kommuniqué veröffentlicht:

I. Die Vertreter des BdV dankten für die — für andere Parteien vorbildlichen — Aussagen im Grundsatzprogramm der CDU zum Fortbestand ganz Deutschlands, zum Recht auf die Heimat, zum Selbstbestimmungsrecht der Deutschen und zu einem wirksamen Volksgruppenrecht.

Insbesondere begrüßten sie das Bekenntnis des Programms zur Maßgeblichkeit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 1975 zu den Ostverträgen, die den Fortbestand Deutschlands in den rechtmäßigen Grenzen feststellt.

Unter Beachtung des Völkerrechts und des auch bei den Ostverträgen von den verbündeten Westmächten als weiterhin wirksam festgestellten Londoner Übereinkommens und der Berliner Erklärung sowie der Verantwortung der Sieger für Deutschland als Ganzes ist ohne Friedensvertrag danach von den Grenzen vom 31. Dezember 1937 und der rechtlichen Zugehörigkeit der Gebiete östlich von Oder und Neiße zu Deutschland auszugehen.

II. Diese Grundsätze müssen aber, darüber bestand Einigkeit, im politischen Alltag befolgt und verteidigt werden. Die grundgesetzliche Pflicht, die Rechte ganz Deutschlands und des deutschen Volkes zu wahren und die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit anzustreben, muß wieder die aktuelle deutsche Politik bestimmen.

Der auch in den Ostverträgen vom Ostblock weiterhin als verbindlich anerkannte Deutschlandvertrag verbieten den verbündeten Westmächten und der Bundesrepublik Deutschland endgültige Grenzregelungen und gebietet als gemeinsames Ziel die Wiedervereinigung. Sowohl die Vertragstreue dazu, wie eine Renaissance der Westverträge sind dringend nötig.

Ausgehend von der nach Völkerrecht und Grundgesetz verbindlichen Rechtslage muß über das freie Zusammenleben der Deutschen in zeitgemäßen und freiheitlichen Formen das ganze Deutsche Volk unter Beachtung auch der im Programm der CDU genannten Grundsätze in freier Entscheidung befinden können. Die Union wird die Ostdeutschen in ihrem Kampf um das Recht und einen tragbaren Ausgleich nicht allein lassen.

III. Vorerst gilt es aber, die Erfüllung der Verpflichtungen aus den Menschenrechtspakten der Vereinten Nationen, insbesondere auf freiere Begegnung und Ausreisefreiheit mit dem ganzen

politischen und wirtschaftlichen Gewicht unseres Staates schrittweise durchzusetzen, ebenso die Menschenrechte auf Pflege der nationalen Eigenart. Die Erfüllung der Rechtsverpflichtungen auf Ausreise ohne zahlenmäßige und zeitliche Begrenzung darf nicht mit neuen politischen oder wirtschaftlichen Zugeständnissen erkaufte werden. Ihre Versagung schließt für die Urheber zusätzliche deutsche Finanzhilfe aus.

IV. Die Rechte Deutschlands und der Deutschen dürfen nicht durch Separatgespräche linkssozialistischer Politiker mit kommunistischen Parteien des Ostblocks und durch deren Einmischung in unsere freiheitliche Rechtsordnung ausgehöhlt werden. Eine deutsche Schaukelpolitik zwischen West und Ost gefährdet die Freiheit aller Deutschen und Europäer und schadet auch den Anliegen der Vertriebenen.

Dagegen ist bei einer Festigung — nicht Schwächung — des freiheitlichen Bündnisses nicht ausgeschlossen, die Sowjetunion schrittweise davon zu überzeugen, daß mehr Menschen — und nationale Rechte für die Völker an ihrer europäischen Flanke — bei Gewährleistung der Stabilität der Staaten in den rechtmäßigen Grenzen — geeignet sind, die Ursachen ihres Mißtrauens angesichts der neuen Entwicklung der Weltpolitik zu mindern. Unsere Nachbarvölker aber sollten nicht auf die endlose Dauer der Teilung intakter Völker — also auch des deutschen — setzen, sondern auf einen gerechten und tragbaren Ausgleich.

Die Trennung der Völker durch eiserne Vorhänge und die Entvölkerung von Grenzgebieten kann nicht der letzte Sinn mitteleuropäischer Geschichte sein. Auch in zwischen den Deutschen und ihren östlich liegenden Gebieten

wird man — wie im Westen zwischen den Deutschen und den romanischen Völkern — Räume gesicherter und freiheitlich gestalteter Begegnung und Zusammenarbeit brauchen.

V. Die Förderung des Bundes und der Länder der für die Erhaltung und Entfaltung des Kulturguts und der schöpferischen Kräfte der Ost-, Sudeten- und Südostdeutschen ist zu verstärken. Auch die wissenschaftliche und die populäre Darstellung der Rechtslage ganz Deutschlands und aller Deutschen und die Darstellung der ostdeutschen Geschichte sind zu fördern.

Schulatlanten und amtliche Karten müssen gesetzes- und verfassungsgemäß den Fortbestand ganz Deutschlands in seinen rechtmäßigen Grenzen ausweisen. Die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen sind von verzerrenden Aussagen zu reinigen.

Die Union legt Wert auf die Verbesserung der Eingliederung für die Aussiedler und die Fortsetzung der sozialen und wirtschaftlichen Eingliederung der Vertriebenen.

VI. Die Union will die aktive Mitwirkung der Vertreter der Vertriebenen auf allen Ebenen der politischen Arbeit und ihre aktive Mitgestaltung an den Entscheidungen der Parlamente, Behörden und Regierungen gewährleisten.

SPD schmückt sich mit fremden Federn

Die Vizepräsidentin der Europäischen Frauen-Union (DPU), Marlene Lenz, hat der SPD Phantasielosigkeit im europäischen Wahlkampf vorgeworfen. Die CDU-Politikerin kritisierte den neuen SPD-Aufkleber „Frauen für Europa — SPD“, der ein Plagiat eines entsprechenden Autoaufklebers der CDU sei.

■ CDU SAAR

Großes Vertrauen für Werner Zeyer

Die Jacke auszuziehen, die Ärmel aufzukrempeln und bis zur letzten Minute um jede Stimme zu kämpfen — dazu rief der Landesvorsitzende der CDU Saar, Werner Zeyer, auf dem Landesparteitag in Saarbrücken seine Parteifreunde auf.

Trotz des weniger günstigen Umfeldes als 1974 (Guillaume-Effekt) sieht der wiedergewählte Landesvorsitzende eine große Chance, bei den Kommunalwahlen am 10. Juni die gute Position der CDU in den saarländischen Gemeinden und Kreisen auch weiterhin zu behaupten. Den vollen Einsatz der über 31 000 Mitglieder erwartet er auch zur Unterstützung des Spitzenkandidaten zur Europawahl, Prof. Konrad Schön.

Die CDU ist nach Zeyers Auffassung aus dem Tief des Jahresanfangs heraus. Der Sieg in Schleswig-Holstein habe bundesweite Signalwirkung. Werner Zeyer verteidigte die bevorstehende Wahl von Karl Carstens zum Bundespräsidenten: „Wir haben die Mehrheit in der Bundesversammlung nicht gestohlen, sondern sie erkämpft.“ Der Saar-SPD warf Zeyer Doppelzüngigkeit vor. Während man im Landtag Schaufensterreden hält, versuchen gleichzeitig andere Teile dieser Partei den Ausbau von Kohlekraftwerken zu verhindern.

Die anstehenden Vorstandswahlen wurden zu einem großen Vertrauensbeweis für den amtierenden CDU-Chef. 443 Stimmen oder 94,46 Prozent votierten

für Werner Zeyer. Erwartungsgemäß wiedergewählt wurden die vier Stellvertreter: Landtagsvizepräsidentin Rita Waschbüsch, Rechtspflegeminister Reiner Wicklmayr, MdB Franz-Josef Conrad und Umweltminister Günther Schacht. Als Schatzmeister bestätigt wurde Rudolf Heimes.

Verabschiedet wurden die „Kommunalpolitischen Leitsätze“ als Plattform für den Kommunalwahlkampf. Als Grundwerte christlich-demokratischer Kommunalpolitik nennt das Papier „Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit“.

Höhepunkt des Parteitages war die Rede des seit 20 Jahre amtierenden Ministerpräsidenten Franz Josef Röder, der zum Ende des Jahres das Amt des Ministerpräsidenten übergeben will. „Das ist wohl meine letzte politische Rede, die ich als Ministerpräsident vor einem Parteitag der CDU Saar gehalten habe“, sagte er und fügte hinzu, „mein großes Vorbild ist und bleibt Konrad Adenauer, der Kabinetts- und Vorstandssitzungen in einer Weise zu leiten wußte, daß immer ein Ergebnis erzielt wurde, das in seinem Fall auch immer seinen persönlichen Vorstellungen entsprach.“

Die CDU kann nach Röder nur dann die nächsten Wahlen gewinnen, wenn sie bei ihren Grundsätzen bleibt und danach handelt. Eine CDU Saar, die einig bleibt, kann in unserem Lande nicht besiegt werden, rief Franz Josef Röder den Delegierten zu, die ihm stehend Ovationen darbrachten.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 CX
GEBÖHR BEZAHLT

ZITAT

Auf Gegenkurs

Keiner redet vom Wahlsieger Schmidt. Die Parteizeitung „Vorwärts“ feierte in einem Leitartikel allein die Kieler Genossen: „Das Gerede von den ‚linken Spinnern im Norden‘, das auch in manchen Zirkeln der SPD zu Hause ist, sollte der Vergangenheit angehören.“

Das gesteigerte Selbstbewußtsein der Parteilinken wurde Ende vergangener Woche aktenkundig: In einem Brief an vier Gesinnungsgenossen — den Kieler Landesvorsitzenden Günther Jansen, den Bremer Finanzsenator Henning Scherf und an die Bundestagsabgeordneten Karsten Voigt und Erich Meinike — verkündete Gerhard Schröder, Vorsitzender der Jungsozialisten, die Landtagswahl habe bewiesen, „daß bürgernah vermittelte linke Politik durchaus mehrheitsfähig ist“.

Erste Erfolge zeigten sich in Hannover. Dort drängten die Gegner des Entscheidungszentrums Gorleben den rechten SPD-Oppositionsführer im Landtag,

Karl Ravens, auf Gegenkurs zu Schmidt. In Düsseldorf trat SPD-Landwirtschaftsminister Diether Deneke aus Protest gegen den Bau einer Autobahn durch den Naturpark Rothaargebirge zurück.

Die linken Wortführer in der SPD versuchen, ihre Anhängerschaft für den Berliner Parteitag im Dezember zu mobilisieren. Im Parteirat, dem höchsten Beschlußgremium der Sozialdemokraten zwischen den Parteitagen, soll Ende Juni endlich jenes Papier des ostwestfälischen Bezirksvorsitzenden Heinrich Junker und des Bremers Scherf beraten werden, das wegen seiner kritischen Aussagen („äußerst mangelhafte Reformprogrammatik, -strategie und -politik der Sozial-Liberalen“) bis nach den Europawahlen von der Tagesordnung verbannt worden war.

In seinem Brief ruft Schröder dazu auf, bei den Vorstandswahlen des Berliner Parteitags alle jene zu boykottieren, die in wichtigen Sachbereichen wie Kernenergie, Entwicklungshilfe, Entspannung und Abrüstung sowie Sicherung des Rechtsstaats nicht den linken Vordekkern, sondern dem Kanzler folgen.

Der Spiegel, 7. Mai 1979

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (0 22 21) 22 10 81. Verlagsleitung: Peter Müllenbach. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD